

GNZ

„Das Amt muss man sich verdienen“

SPD zur Bürgermeisterwahl in Biebergemünd

Biebergemünd (re). Die Biebergemünder SPD äußert sich zur Stichwahl um das Bürgermeisteramt am kommenden Sonntag. In ihrem Schreiben werben die Sozialdemokraten für ihren Kandidaten Thomas Jackel. Die GNZ veröffentlicht das Schreiben leicht gekürzt im Wortlaut.

„Das Bürgermeisteramt muss man sich verdienen“, das haben mehr als 50 Prozent der Wähler im ersten Wahlgang auch so gesehen und sich gegen einen Verbleib des Amtsinhabers ausgesprochen. Dass einer der beiden gut qualifizierten Herausforderer ausscheiden würde, war abzusehen. Aufgrund der überzeugenden Kompetenz und seiner hervorragenden Arbeit als Gemeindevertreter bitten wir für die Stichwahl am Sonntag, 11. Oktober 2015, alle „Wechsel-Wähler“ jetzt um ihr Vertrauen für Thomas Jackel.

Aufgrund der heftigen Reaktion auf die Kritik an Bürgermeister Weber erscheint es uns aber angeraten, einige demokratische Grundregeln und logische Zusammenhänge aufzuzeigen. Das Amt des Bürgermeisters ist ein Amt auf Zeit, und zwar genau für sechs Jahre. Danach hat er sich erneut zur Wahl zu stellen. Nach der hessischen Gemeindeordnung ist die Gemeindevertretung verpflichtet, die Verwaltung zu überwachen. Dabei haben wir - und damit meinen wir jetzt explizit alle Fraktionen - schon sehr früh deutliche Defizite in der Geschäftsorganisation und Kommunikation des Amtsinhabers festgestellt. Dazu gab es mehrfach ernsthafte Gespräche mit Herrn Weber, in denen wir massiv die Einhaltung einer Grundstruktur zur Verwaltungsführung eingefordert haben.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben zwangsläufig sehr viel mehr Nähe zur Amtsführung eines Bürgermeisters, und es ist eine für die Bür-

ger wahrnehmbare Tatsache, dass das Gemeindeparlament in sachlicher und konstruktiver Zusammenarbeit viele Entscheidungen trifft und Aufträge an die Verwaltung erteilt. Leider müssen wir oft feststellen, dass die gestellten Aufgaben dort nicht erledigt werden oder wir sie in wenig Fortschritt wieder auf den Tisch bekommen.

Die SPD-Fraktion konnte über 18 Jahre lang mit dem fraktionslosen Bürgermeister Dickert gut zusammenarbeiten, weil wir sehen konnten, dass er akribisch und engagiert eigenständige Vorstellungen in die politische Entscheidungen geführt hat. Hätten wir diese Eigenschaften bei dem jetzigen Amtsinhaber feststellen können, wäre die Benennung eines eigenen Bürgermeisterkandidaten überflüssig geworden.

Und glauben Sie uns, die SPD-Fraktion schiebt nicht aus einem Machtreflex einen Kandidaten gegen einen Bürgermeister mit Amtsbonus ins Rennen. Dazu bedurfte es der zuvor genannten triftigen Gründe und zum zweiten der glasklaren Überzeugung, mit Thomas Jackel über einen kompetenteren und aktiveren Kandidaten für das Bürgermeisteramt zu verfügen. Die Tatsache, dass er in leitender Funktion bei der Stadt Frankfurt Führungsverantwortung für rund 1000 Mitarbeiter und ein Budget von rund 90 Millionen Euro verantwortet, setzt ein modernes Verwaltungsverständnis und Führungsqualität voraus. Sein ausgewiesenes Verständnis für kommunale Finanzen prädestiniert ihn für die anstehende Klage gegen den kommunalen Finanzausgleich, in der es für Biebergemünd um die Einbehaltung von großen Gewerbesteuerereinnahmen geht.

Wir bitten alle Wähler, in der Stichwahl erneut von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und bei dieser Entscheidung den Vorteil für die Entwicklung von Biebergemünd als Ganzes im Auge zu behalten.

GNZ 06.10.15

GNZ-Leser reden mit

Carla Schubert aus Biebergemünd äußert sich zur Bürgermeisterwahl in Biebergemünd. Wir weisen darauf hin, dass Leserbriefe nicht die Meinung der GNZ-Redaktion widerspiegeln. Kürzungen behalten wir uns vor.

Landheim: Bürgermeister reagiert nicht

Im Rahmen des Wahlkampfes hat Bürgermeister Manfred Weber eisiger Wind ins Gesicht geblasen. Viele werfen ihm Untätigkeit vor. Dazu möchte ich folgenden Sachverhalt schildern:

Vor mehr als elf Wochen haben sich ein gutes halbes Dutzend Anlieger des Landheimes im Ortsteil in Lützel mit „ihrem“ Bürgermeister zusammengesetzt, um die vielfältigen Problematiken, die durch das Landheim immer wieder und zum Teil auf extreme Weise entstehen, vorzutragen und zu erörtern. Hierzu wurden Weber Unterlagen überreicht, die ihm das Vorgehen in dieser Sache erleichtern. Auch wurde er aufgefordert, das Hinweisschild des Spielplatzes direkt ans Eingangstürchen zu platzieren, da es am jetzigen Standort von den Besuchern des Landheimes weder zur Kenntnis genommen und schon gar nicht inhaltlich beachtet wird. Der Spielplatz ist für Kinder unter 12 Jahren ausgelegt und die Nutzung abends bis 20 Uhr gestattet. Fakt ist aber, dass überwiegend Jugendliche und auch junge Erwachsene den Spielplatz, der eben für kleine Kinder gedacht ist, nutzen und dann auch wenig pfleglich mit dieser Gemeindevorrichtung, die ja letztlich von unser aller Steuergeldern bezahlt wurde, umgehen. Auch die Urzeiten, die ja zum Lärmschutz

für die Anwohner gedacht sind, werden oft nicht beachtet. Man kann sich unschwer vorstellen, dass eine grölende Horde Jugendlicher, die auf einem Kinderspielplatz so ganz und gar nichts zu suchen hat und auch die Kinder, die dort tatsächlich spielen möchten, abschreckt und verängstigt, eine Art von Lärm produziert, die mehr als unangenehm ist.

Weber hatte den Anliegern zugesagt, sich um deren Sorgen und Anliegen zu kümmern und in Bezug auf das Landheim geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Auch nach nunmehr über elf Wochen und trotz wiederholter Nachfrage hat es Weber nicht für nötig gehalten, seine Bürger über den Sachstand zu informieren und Auskunft darüber zu erteilen, wie es in diesem Thema nun weitergeht, obwohl er dies avisiert hatte. Und auch nach über elf Wochen war er scheinbar nicht willens, fähig oder in der Lage, dafür zu sorgen, dass das besagte Spielplatzschild endlich an dem Ort angebracht wird, wo es vom „Konfliktpotenzial“ auch tatsächlich wahrgenommen werden muss. Wir reden hier über einen Handgriff, ein Schild abzuflexen und mit vier Schrauben am Türchen anzubringen. Ein Vorgang, für den ein Bauhofmitarbeiter eine Viertelstunde benötigt, so er denn die Anweisung dafür erhält.

Mein Mann und ich waren zwei der Anlieger, die sich in der Hoffnung und Erwartung an „ihren“ Bürgermeister gewandt haben, dass sich zu diesen Themen schnellstmöglich etwas tut. Fakt ist aber: Weder findet eine zielgerichtete Kommunikation statt, noch ist man in der Sache nachvollziehbar tätig geworden.

Carla Schubert
Biebergemünd